



Europäische
Kommission

MAI 2015 | **Nr. 57**

Umwelt *für Europäer*

Magazin der Generaldirektion Umwelt



Die Situation in Europa

Editorial

Europa muss seine wertvolle natürliche Umwelt pflegen. Die Natur ist nicht nur wesentlich für unsere Gesundheit, sondern bildet auch die Lebensader unserer Wirtschaft, indem sie Arbeitsplätze schafft und als Impulsgeber für Investitionen dient. Sie versorgt uns mit Nahrung, Energie, Rohstoffen, Luft und Wasser. Sie stellt zudem eine Quelle der Inspiration, des Wissens, der Erholung und des Tourismus dar und ist wichtiger Teil unseres kulturellen Erbes. Die biologische Vielfalt in Europa steht jedoch einer ernststen Bedrohung gegenüber: Die Lebensräume für Tiere und Pflanzen verschwinden zunehmend.

Bis zu 60% der Arten sind bedroht, und für mehr als ein Drittel stehen die Aussichten schlecht. Laut dem jüngsten Bericht zum *State of Nature in the EU*, der alle sechs Jahre einen Überblick darüber bietet, wie es um den Bestand von Pflanzen und Tieren sowie die Landschaften in der gesamten EU bestellt ist, genießen weniger als 23% der Arten einen günstigen Erhaltungszustand. Unser Sonderbericht auf Seite 4 beleuchtet einige der Bereiche, in denen die EU bereits Erfolge erzielt hat, sowie diejenigen Bereiche, die weiterhin verbesserungswürdig sind.

Wir lassen zudem 40 Jahre Zusammenarbeit zwischen der EU und China sowie die Auswirkungen dieser Zusammenarbeit auf die Umwelt Revue passieren, betrachten die Vorbereitungen zur anstehenden Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen kommenden Dezember in Paris und werfen ein Licht darauf, wie die jüngsten Vorschläge im Zusammenhang mit der Energieunion dazu beitragen können, dass Europa seinen Klimaschutzverpflichtungen nachkommt.

Zudem zeigen wir auf, welchen Beitrag die Zusammenarbeit der in den Bereichen Wassertechnik, Hochwasserschutz und Naturerhaltung tätigen Behörden zur Sanierung der Oberen Drau in Österreich geleistet hat und präsentieren die preisgekrönte Kommunikationskampagne „Generation Awake“, die Millionen Europäern ein „nachhaltiges Verbraucherbewusstsein“ vermittelt und Möglichkeiten zur Einsparung natürlicher Ressourcen aufgezeigt hat. Weiterhin berichten wir über die jüngste Konferenz „Grüne Infrastruktur: eine europäische Erfolgsgeschichte“.

Umwelt für Europäer

ec.europa.eu/environment/news/efe/index_de.htm

REDAKTIONELLE INFORMATIONEN

Umwelt für Europäer ist ein Magazin der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, erscheint alle drei Monate auf Bulgarisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Litauisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Spanisch und Tschechisch und kann kostenlos abonniert werden. Sie können das Magazin online abonnieren unter http://ec.europa.eu/environment/news/efe/subscribe/subscribe_de.htm
Chefredakteur: Bettina Doeser
Kordinator: Jonathan Murphy
Weitere Auskünfte erteilt das Referat Kommunikation: http://ec.europa.eu/environment/contact/form_en.htm
Informationen und Dokumente: http://ec.europa.eu/environment/contact/form_en.htm
Die Webseite Umwelt für Europäer: http://ec.europa.eu/environment/news/efe/index_de.htm

UMWELT ONLINE

Möchten Sie wissen, was die Europäische Union für den Umweltschutz tut, was ein integriertes politisches Produkt ist oder wie man sich für ein „Umweltsiegel“ qualifiziert? Antworten auf diese Fragen und vieles mehr finden Sie auf der Webseite der GD Umwelt: http://ec.europa.eu/environment/index_de.htm

HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch Personen, die im Namen der Kommission handeln, sind für die etwaige Verwendung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen oder für irgendwelche Fehler, die trotz sorgfältiger Vorbereitung und Prüfung auftreten können, verantwortlich.

Gedruckt auf Recyclingpapier, das mit dem EU-Umweltzeichen für Grafikpapier ausgezeichnet wurde. (<http://ec.europa.eu/environment/ecolabel>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015
ISSN 1563-4175 (Druckversion)
ISSN 2363-118X (Epub-Version)
ISSN 2363-118X (PDF-Version)
© Europäische Union, 2015
© Umschlag: iStock. Alle Fotos: Thinkstock, außer s. 4-5 ©iStock /Chushkin; s. 8-9 ©Thinkstock/iStock; s. 16 ©iStock/WilliamSherman Die Reproduktion des Textes ist mit Quellenangabe gestattet.
Die Reproduktion des Textes ist mit Quellenangabe gestattet.
Die Reproduktion der Fotos (einschließlich der Abbildungen und Grafiken) ist nicht gestattet.
Printed in Italy

Inhalt

In die Natur investieren	3
Zustand der Natur in Europa: „verbesserungswürdig“	4
Ein Blueprint für ein Pariser Klimaschutzabkommen	6
Beitrag der Energieunion zu den Klimaschutzzielen	8
Auf Ressourceneffizienz achten	10
Europa und China: 40 Jahre Zusammenarbeit	12
Wiederherstellung der Oberen Drau	14
Publikationen	15
Agenda	15
In Kürze	16



In die Natur investieren

Auf einer kürzlich durchgeführten Konferenz wurden die Erfolge der EU-Strategie zur grünen Infrastruktur – unter anderem die Wiederherstellung von Feuchtgebieten, die sowohl als Hochwasserschutz als auch als Biodiversitäts-Reserven dienen – beleuchtet. Allerdings besteht unabhängig von diesen Erfolgen ein verstärkter Bedarf an Investitionen, um den vollen wirtschaftlichen und ökologischen Nutzen solcher Projekte auszuschöpfen.



Trotz der Wirtschaftskrise erfuhren die grünen Wirtschaftsbereiche in der EU zwischen 2000 und 2011 ein Wachstum von mehr als 50%. Investitionen in grüne Infrastrukturen – Netzwerke von Naturgebieten, die Vorteile wie sauberes Wasser, Hochwasserschutz oder Bestäubung unserer Kulturpflanzen bieten – dienen nicht nur dem Schutz und der Sanierung der Umwelt, sondern leisten auch einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Geschäftsmöglichkeiten und Wirtschaftswachstum.

„Auf nationaler Ebene bedarf es vermehrter Rechts-, Planungs- und Finanzierungsrahmen für die grüne Infrastruktur.“

Um dieses Potenzial jedoch voll ausschöpfen zu können, bedarf es eines strategischen Ansatzes und finanzieller Unterstützung. Am 5. Mai 2015 wurde auf der Konferenz „Grüne Infrastruktur: eine europäische Erfolgsgeschichte“ (Originaltitel: „Green Infrastructure: a European success story“) eine Bilanz der Umsetzung der EU-Strategie zur grünen Infrastruktur mit dem Ziel der Erneuerung des politischen Engagements, insbesondere auf nationaler Ebene, gezogen.

Grüne Erfolgsgeschichten

Auf der Konferenz haben Redner Erfolgsgeschichten aus ganz Europa präsentiert. Der Emscher Landschaftspark hat durch die Mobilisierung von Mitteln in Höhe von rund 1 Mrd. EUR für die Wiederherstellung der Kulturlandschaft und 4,5 Mrd. EUR für die Gewässersanierung zur Umgestaltung des postindustriellen Ruhrgebiets in Deutschland beigetragen. Dieser über eine Fläche von 450 km² entstehende Landschaftspark vernetzt frühere Industriegelände und Bahnlinien mit weiteren Grünflächen in einer grünen Infrastruktur auf der Basis des natürlichen Wasserhaushalts der Ruhr und ihrer Nebenflüsse. Dies ermöglicht das kosteneffektive Management von Abwasser und überschüssigem Niederschlagswasser.

Aus diesen Investitionen konnte bereits ein unmittelbarer wirtschaftlicher Nutzen gezogen werden: Im Rahmen der Initiative des Vereinigten Königreichs „Natürliche Wirtschaft Nord-West“ (Originaltitel: „Natural Economy North West“) wird davon ausgegangen, dass „grünes Bauen“ einen Mehrwert in Höhe von 3,2 Mrd. EUR geschaffen hat und mehr als 100 000 Arbeitsplätze fördert. Schwedens Initiative zur Stadterneuerung in Malmö hat zur Senkung der Arbeitslosigkeit von 30% auf 6% beigetragen.

Bedarf an strategischen Investitionen

Nichtsdestoweniger bedürfen grüne Infrastrukturen verstärkt der öffentlichen und privaten Finanzierung. Auf der Konferenz kam man zu dem Schluss, dass Unterstützung durch die EU verfügbar ist, zum Beispiel in Form von „Ökologierungsmaßnahmen“ („Greening Measures“) und regionalen Finanzierungsprogrammen. Der optimale Einsatz dieser Maßnahmen erfordert allerdings nationale strategische Rahmen, wie beispielsweise den in Frankreich bereits eingerichteten Rahmen oder die Rahmen, die derzeit in Schweden und Deutschland ausgearbeitet werden.

Die kürzlich eingerichtete Fazilität für Naturkapital (Natural Capital Financing Facility – NCCF) wird zudem zeigen, dass im Einklang mit der Natur zu arbeiten statt sich gegen diese zu richten eine Geschäftsmöglichkeit darstellt. Die Wiederherstellung von Überschwemmungsgebieten sowie der Anbau von Pflanzen als Kohlenstoffsinken sind Möglichkeiten zur Gewinnerzielung und Kosteneinsparung.

„Damit grüne Infrastrukturen in Europa zu einem vollen Erfolg werden, müssen die Mitgliedstaaten mehr leisten“, so Sirpa Hertel, stellvertretende Vorsitzende der Kommission für Umwelt, Klimaschutz und Energie des Ausschusses der Regionen, im Schlusswort zur Konferenz. „Auf nationaler Ebene bedarf es vermehrter Rechts-, Planungs- und Finanzierungsrahmen für die grüne Infrastruktur.“

Nähere Informationen

- » <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-green-infrastructure-success>

Zustand der Natur in Europa: „verbesserungswürdig“

Der jüngste Bericht zum State of Nature in the EU enthüllt den Erhaltungszustand von Pflanzen, Tieren und Lebensraumtypen in der gesamten Europäischen Union. Beleuchtet werden die Auswirkungen der Vogelschutz- und der Habitat-Richtlinie sowie die Frage, ob die Union auf dem richtigen Weg ist, ihr Ziel, den Verlust der biologischen Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosysteme bis 2020 zu stoppen, zu erreichen.

Alle sechs Jahre übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission einen Bericht zum Erhaltungszustand von mehr als 2000 Arten und Lebensräumen, die in den Anwendungsbereich der Vogelschutz- und der Habitat-Richtlinie fallen. Die entsprechenden Daten werden zusammengeführt, um Aufschluss über den Zustand der Natur in der EU zu erhalten.

„Die Ergebnisse dieser Bewertung liefern wichtige Erkenntnisse, die uns dabei helfen, unsere Fähigkeit zu handeln weiter auszubauen.“

Karmenu Vella, für Umwelt zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission

Die Ergebnisse aus dem letzten Berichtszeitraum (2007-2012) wurden nun in zwei gesonderten Berichten von der Kommission und der Europäischen Umweltagentur veröffentlicht. Diese Berichte geben einen Einblick dahin gehend, ob die grundlegenden Rechtsvorschriften der EU zum Naturschutz, sprich die Vogelschutz- und die Habitat-Richtlinie, Wirkung zeigen. Anhand dieser Berichte lässt sich zudem besser beurteilen, ob die EU sich auf dem richtigen Weg befindet, ihre Verpflichtung, den Verlust der biologischen Vielfalt und an Ökosystemleistungen in der EU bis 2020 zu stoppen, zu erfüllen.

„Die Ergebnisse dieser Bewertung liefern wichtige Erkenntnisse, die uns dabei helfen, unsere Fähigkeit zu handeln weiter auszubauen“, so Karmenu Vella, für Umwelt zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission.

Gemischte Ergebnisse

Die Daten in Bezug auf wild lebende Vogelarten zeigen, dass es mehr als der Hälfte dieser Arten gut geht und diese über einen „sicheren“ Status verfügen.

Weniger positiv ist die Nachricht, dass drei von zehn Arten vom Aussterben bedroht, potenziell gefährdet, im Rückgang befindlich oder bereits stark dezimiert sind. Dazu gehören die einst gemeinen Ackerlandvogelarten wie die Feldlerche (*Alauda arvensis*) und die Uferschnepfe (*Limosa limosa*).

Von den Vogelarten ohne „sicheren“ Status, aber mit zunehmendem Bestand, standen einige im Mittelpunkt gezielter Erhaltungsmaßnahmen. Der Bartgeier (*Gypaetus barbatus*) und die Weißkopfruderente (*Oxyura leucocephala*) haben zum Beispiel von wesentlicher Unterstützung für ihre Erhaltung im Rahmen des EU-LIFE-Fonds profitiert.

Der Ausblick für die Arten, die in den Anwendungsbereich der Habitat-Richtlinie fallen, und für die Lebensräume selbst gibt Anlass zur Sorge: Der Erhaltungszustand von mehr als der Hälfte (60 %) dieser Arten ist ungünstig, nur 23 % befinden sich in einem günstigen Zustand.

Die Zukunft für verschiedene bisher bedrohte Arten ist allerdings vielversprechender. In den vergangenen 20 Jahren konnte eine stetige Erholung der Bestände des Fischotters (*Lutra lutra*) im Atlantik dank des Jagdverbots und der Verbesserung der Wasserqualität verzeichnet werden.

Gleichermaßen verbessert sich dank der gezielten Erhaltungsmaßnahmen der Zustand des Großen Feuerfalters (*Lycaena dispar*) in der kontinentalen Region.

Im Hinblick auf den Zustand der Lebensräume wurde die überwältigende Mehrheit (77 %) entweder als unzureichend oder schlecht eingestuft. Von allen Lebensraumgruppen befinden sich Dünen, Feuchtgebiete und Graslandschaften in einem besonders schlechten Zustand, während steinige Lebensräume am besten abschneiden.

Auswirkungen von Natura 2000

Das Ziel des Berichts zum Zustand der Natur ist auch die Beurteilung der Auswirkungen von Natura 2000, einem Netz von Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union, auf den Erhaltungszustand von Arten und Lebensraumtypen.

Das Netz spielt weiterhin eine große Rolle. Mit einer Fläche von beinahe einem Fünftel der Landfläche der EU und einem wesentlichen Teil der Meeresgewässer sind die effektive Verwaltung und Erhaltung der Natura-2000-Gebiete von entscheidender Bedeutung bei der Erreichung der in den Richtlinien dargelegten Ziele.



Wie erwartet besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Ausdehnung von Natura 2000 und den Entwicklungen in Bezug auf die Erhaltung von Lebensräumen und Arten mit ungünstigem Status.

Es bedarf jedoch einer effektiven Verwaltung des Natura-2000-Netzes, damit konkrete Ergebnisse erzielt werden können. Lediglich 50% der Gebiete sollen über umfassende Managementpläne verfügen. Zudem wurden Mittel für Erhaltungsmaßnahmen nur in recht geringem Maße in Anspruch genommen. Um wesentliche Verbesserungen bewirken zu können, bedarf es noch größerer Anstrengungen.

Blick in die Zukunft

Der Bericht zum Zustand der Natur bietet einen wichtigen Überblick über die aktuelle Lage derjenigen Arten und Lebensraumtypen, die in den Anwendungsbereich der EU-Naturschutzrichtlinien fallen. Der Bericht zeigt, dass die Richtlinien in bedeutendem Maße zur Erhaltung der Biodiversität in Europa beitragen, auch wenn der Weg zur Erreichung des bis 2020 gesteckten Ziels noch lang ist. Für einige durch die Richtlinien geschützten Arten und Lebensräume lässt sich langsam eine Verbesserung erkennen.

Dennoch hat sich der Gesamtzustand der Arten und Lebensräume in der EU in den vergangenen sechs Jahren nicht wesentlich verändert. Der Erhaltungszustand vieler Arten beziehungsweise Lebensräume ist weiterhin ungünstig, und viele Bestände vieler Arten sind immer noch rückläufig.

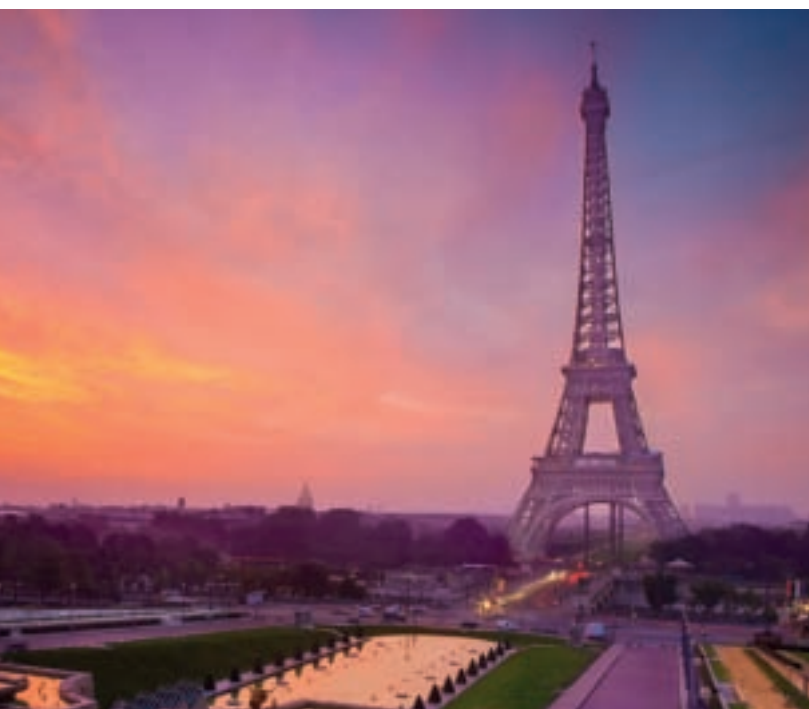
- Die Vogelschutzrichtlinie umfasst alle natürlich in der EU vorkommenden wild lebenden Vogelarten – rund 450 Arten insgesamt.
- Die Habitat-Richtlinie dient dem Schutz von mehr als 1200 weiteren seltenen, bedrohten oder endemischen Arten wild lebender Tiere und Pflanzen, die oftmals als „Arten von europäischer Bedeutung“ bezeichnet werden. Zudem fallen rund 230 natürliche und naturnahe Lebensraumtypen in den Anwendungsbereich der Richtlinie.
- Natura 2000 – das weltweit größte Netz von Schutzgebieten – umfasst mehr als 27 000 Gebiete, was einer Fläche von beinahe einem Fünftel der Landfläche der EU und einem wesentlichen Teil der Meeresgewässer entspricht.
- Die Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt der EU zielt darauf ab, den Verlust der Biodiversität zu stoppen und den Zustand der Arten, Lebensräume und Ökosysteme in Europa bis zum Jahr 2020 zu verbessern. Die Strategie legt auf EU-Ebene spezifische Ziele zur Verbesserung des Erhaltungszustands von Lebensräumen und Arten fest.

Nähere Informationen

- » http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

Ein Blueprint für ein Pariser Klimaschutzabkommen

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, die im Dezember 2015 in Paris stattfindet, entscheidet sich, wie die Welt in den kommenden Jahrzehnten der Bedrohung des Klimawandels begegnen wird.



Die Europäische Union setzt voll und ganz auf die Sicherung eines globalen, rechtlich bindenden Abkommens, das ab 2020 umgesetzt werden soll. Die EU hat ein neues Protokoll zum *Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC)* gefordert, das angemessene Verpflichtungen für alle Länder enthalten soll, die Treibhausgasemissionen zu senken und den weltweiten Temperaturanstieg bei unter 2°C zu halten. Mit diesem Abkommen soll die Welt in die richtige Bahn gelenkt werden, um die globalen Emissionen bis 2050 um mindestens 60% des Niveaus von 2010 senken zu können. Dabei sollen durch das Abkommen sich verändernde wirtschaftliche und geopolitische Gegebenheiten reflektiert werden, insbesondere durch angemessene Verpflichtungen aller großen und aufstrebenden Wirtschaften.

Im Februar wurde in der Mitteilung der Kommission „Das Paris-Protokoll – Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020“ die Vision für das neue Übereinkommen dargelegt. Dies bestätigt die im Oktober 2014 von Europas politischer Führung eingegangene Verpflichtung, die heimischen Emissionen bis 2030 um mindestens 40% gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Dieses Ziel, welches die EU auf dem

Weg zur Erreichung des Langzeitziels, die Emissionen bis 2050 um mindestens 80% zu senken, in die richtige Bahn bringt, bildet das Herzstück des Paris-Protokolls, das dem UNFCCC im März von der Union vorgelegt wurde.

Miguel Arias Cañete, für Klimaschutz und Energie zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, sagte: „Dies ist der angemessene Anteil, den wir leisten, um das international vereinbarte 2°C-Ziel zu erreichen. Ich ersuche nun alle unsere Partner, insbesondere die großen sowie aufstrebenden Wirtschaften, unserem Beispiel zu folgen.“

„Jeder Bürger und jedes Land der Welt profitiert, wenn wir verhindern können, dass der Klimawandel gefährliche Ausmaße erreicht“, fügte er hinzu. „In Paris haben wir tatsächlich die Gelegenheit, ein Abkommen abzuschließen, das uns dabei unterstützt. Diese Gelegenheit gilt es mit beiden Händen zu ergreifen. Die EU hat sich dem Abschluss eines ehrgeizigen Protokolls verschrieben, das auf die Senkung der Emissionen, die Erleichterung der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels sowie die Unterstützung bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in den Ländern, die der Hilfe dabei bedürfen, durch Länder, die hierzu in der Lage sind, ausgerichtet ist.“

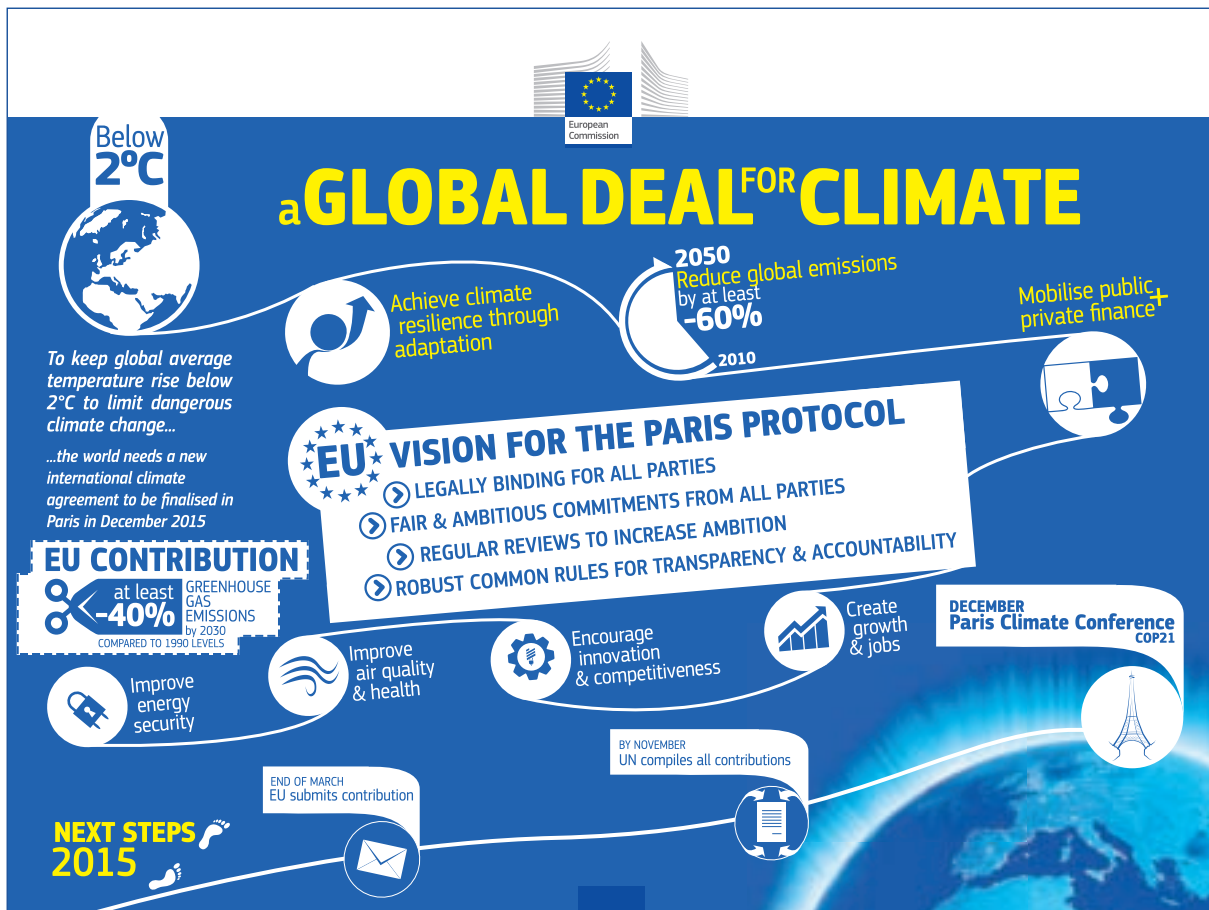
Sinkende Emissionen in der EU

Die EU hat gezeigt, dass sie es in Bezug auf die Erreichung der eigenen Ziele zur Abschwächung des Klimawandels ernst meint. Die Emissionen in der EU sind zwischen 1990 und 2013 um 19% zurückgegangen. Die EU ist nun für weniger als 10% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich, und dieser Anteil sinkt weiter.

Zudem bringt der Kampf gegen den Klimawandel den EU-Bürgern zahlreiche Vorteile, darunter weniger Luftverschmutzung und niedrigere Energiekosten, eine gesündere Umwelt sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der klimafreundlichen Technologien.

Zur wirksamen Bekämpfung des Klimawandels sind jedoch Bemühungen auf globaler Ebene erforderlich. Die Kommission drängt alle anderen Länder dazu, ihre vorgeschlagenen Emissionsreduktionsziele schon weit im Vorfeld der Pariser Konferenz zu formulieren und mitzuteilen.

Es wird erwartet, dass jede UNFCCC-Vertragspartei – wie die EU – einen angestrebten nationalen Beitrag zum neuen Übereinkommen ausarbeitet. Bis dato haben nur eine Handvoll Länder, darunter die USA, Russland und Mexiko, ihren INDC eingereicht. Es wird jedoch erwartet, dass weitere Länder in den nächsten Monaten folgen werden. Die bisher vorgelegten Beiträge stellen rund 25% der weltweiten Emissionen dar.



Zwar sollten die fähigsten Länder mit der Hauptverantwortung die politische Führungsrolle übernehmen und das stärkste Engagement in Bezug auf die Senkung von Treibhausgasemissionen an den Tag legen, jedoch müssen alle Länder ihre Bemühungen intensivieren.

Die EU ist der Ansicht, dass das Protokoll gemeinsame Vorschriften hinsichtlich der Transparenz und Rechenschaftspflicht darlegen müsse, mit robusten Systemen, anhand deren die Fortschritte auf dem Weg zur Zielerreichung überwacht, berichtet und überprüft werden können.

Unabhängige Fachleute sollten in regelmäßigen Abständen Überprüfungen vornehmen, um Vertrauen aufzubauen, Gewissheit zu schaffen und zu zeigen, dass die Regierungen dem Klimawandel ernsthaft begegnen wollen.

Das Protokoll muss zudem dynamisch sein. Alle Klimaschutzverpflichtungen sollten in Anbetracht der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Fortschritte bei der Umsetzung der aktuellen Ziele alle fünf Jahre einer Überprüfung unterzogen und gestärkt werden.

Hilfe für schwache Länder

Das Paris-Protokoll sollte Maßnahmen zur Ankurbelung von Investitionen in emissionsarme und klimaresistente Technologien in allen Ländern enthalten. Auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen, klimaresistenten globalen Wirtschaft, die zudem zum Abbau von Armut beiträgt und eine angemessene Lebensqualität für alle ihre Bürger gewährleistet, hat sich die EU der Zusammenarbeit mit Dritten verschrieben.

Die schwächsten Länder werden weiterhin bevorzugten Zugang zur Zuschussfinanzierung haben, beispielsweise über die Globale Allianz gegen den Klimawandel oder Kooperationsprogramme der

EU. Die Union hilft zudem dabei, Darlehen und private Investitionen durch ihre regionalen Investitionsfazilitäten zu mobilisieren, während die Mitgliedstaaten Unterstützung über bilaterale Kooperationsprogramme bieten. Allein im Jahr 2013 haben die EU und die Mitgliedstaaten Mittel für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern in Höhe von rund 9,5 Mrd. EUR bereitgestellt.

Der Handlungsbedarf ist dringend: Die globale Durchschnittstemperatur könnte bis zum Ende dieses Jahrhunderts schätzungsweise um mindestens 4°C ansteigen, wenn keine Maßnahmen zur Emissionssenkung eingeleitet werden.

Die Pariser Konferenz stellt den nächsten Schritt in einem Prozess dar, der 1992 begann, als die Gefahr durch das menschliche Eingreifen in das globale Klimasystem zunehmend erkannt wurde und im Abschluss des VN-Klimaübereinkommens resultierte. Das im Jahr 1997 beschlossene

Kyoto-Protokoll, ein Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung des UNFCCC, stellte einen wichtigen ersten Schritt zur Emissions-senkung dar, umfasste allerdings nur Verpflichtungen einer Reihe von Industrieländern. Mehr als 90 Länder haben bis heute aus freiem Entschluss zugesagt, ihre Emissionen bis 2020 einzudämmen. Diese Zusagen reichen jedoch nicht aus, um das 2°C-Ziel zu erreichen.

Nähere Informationen

- » http://ec.europa.eu/clima/news/articles/news_2015022501_en.htm
- » http://ec.europa.eu/clima/news/articles/news_2015030601_en.htm
- » <https://www.youtube.com/watch?v=PtiO2ppT-lc>

Beitrag der Energieunion zu den Klimaschutzzielen

Im März nahmen die EU-Regierungschefs die Vorschläge der Europäischen Kommission für eine europäische Energieunion mit einer zukunftsweisen- den Klimapolitik an, deren Ziel es ist, Haushalte und Unternehmen in ganz Europa mit sicherer, nachhaltiger und erschwinglicher Energie zu versorgen.

Die verantwortungsvollere Nutzung von Energie und die Bekämpfung des Klimawandels sind eine Investition sowohl in unsere eigene als auch in die Zukunft unserer Kinder und tragen zudem zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zu Wachstum bei.

„Unser Weg zu wirklicher
Energiesicherheit und echtem
Klimaschutz beginnt vor der
eigenen Tür.“

Miguel Arias Cañete, Kommissar für Klimapolitik und Energie.

Die Energieunion wird dabei helfen, Europa in eine nachhaltige, kohlenstoffarme Wirtschaft zu verwandeln, wobei der EU bei der Erzeugung nachhaltiger Energien und der Bekämpfung des Klimawandels eine zentrale Rolle zukommt. Die EU-Regierungschefs betonten die Notwendigkeit einer Technologie- und

Innovationsstrategie, deren Schwerpunkt auf verschiedenen Bereichen liegt: die nächste Generation erneuerbarer Energien, Stromspeicherung, Kohlenstoffbindung und -speicherung, Erhöhung der Energieeffizienz im Wohnungsbau und nachhaltiger Verkehr.

Die Energieunion wird zudem die EU dabei unterstützen, ihre ehrgeizigen Ziele im Kampf gegen den Klimawandel und in Bezug auf die Erzielung eines nachhaltigeren Energiesystems zu erreichen. Ziel der EU ist es, bis 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 40% senken, die Nutzung erneuerbarer Energien auf mindestens 27% des Energieverbrauchs in der EU anzuheben und die Energieeffizienz um mindestens 27% zu erhöhen. Im Zeitraum 1990 bis 2013 sind die Treibhausgasemissionen in der EU um 19% zurückgegangen – ein Schritt in die richtige Richtung.

Neue Rechtsvorschriften und ein neuer Politikgestaltungsprozess werden folgen, um sicherzustellen, dass Europa die gesteckten Ziele bis 2030 erreicht.

Um die Emissionen weiter zu senken, wird die Priorität in der Annahme der Vorschläge der Kommission für eine Marktstabilitätsreserve zur Verbesserung der Funktionsweise des europäischen Emissionshandelssystems (ETS) als wichtigstes Instrument der Klimapolitik der EU liegen. Zudem wird die Kommission dieses Jahr Vorschläge für die Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie nach 2020 einreichen und die Frage der Verlagerung von CO₂-Emissionen angehen. Nächstes Jahr wird die Kommission einen Vorschlag für eine neue Entscheidung über die Verteilung der Anstrengungen für Emissionen außerhalb des ETS vorlegen.



Die überarbeitete ETS-Richtlinie umfasst zwei neue Finanzinstrumente: einen Innovations- sowie einen Modernisierungsfonds, die aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten zwischen 2021 und 2030 finanziert werden. Der Innovationsfonds wird zur Unterstützung kohlenstoffarmer Demonstration in der EU dienen, während über den Modernisierungsfonds die Modernisierung des Energiesystems in einkommensschwachen Mitgliedstaaten finanziert wird.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Die Strategie der Energieunion führt die zu ergreifenden Schritte zur Weiterentwicklung der Bereiche erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Europa detailliert aus. Dazu zählen beispielsweise die Erhöhung der EU-Mittel für Energieeffizienz, neue politische Maßnahmen und Vorschriften hinsichtlich erneuerbarer Energien sowie die Stärkung von Forschung und Innovation im europäischen Energiesektor.

Im Bereich der erneuerbaren Energien tätige Unternehmen erzielen heute einen gemeinsamen Jahresumsatz von 130 Mrd. EUR und beschäftigen mehr als 1 Million Mitarbeiter. Die Herausforderung besteht in der Wahrung der führenden Rolle Europas auf dem Gebiet wettbewerbsfähiger Technologien für erneuerbare Energieträger und Innovation und intelligente sowie flexible Energiesysteme und -dienstleistungen. Ein weiteres Ziel der Energieunion ist es sicherzustellen, dass erneuerbare Energien in ein nachhaltiges, sicheres und kostengünstiges Energiesystem integriert werden, wobei Energie aus heimischer Produktion – und auch erneuerbare Energie – einfach und effizient in das Netz eingespeist werden kann.

Der Gebäudesektor wird bei der Energieeffizienz eine entscheidende Rolle spielen. Momentan sind 75 % des Gebäudebestands in der EU energieineffizient ausgestattet. Heiz- und Kühlsysteme stellen weiterhin die wichtigste Quelle für den Energiebedarf in Europa dar. Die Sanierung bestehender Gebäude ist zwar ein Teil der Lösung, es besteht jedoch ein Mangel an Investitionen, insbesondere in Bezug auf Wohnungen einkommensschwacher Mieter beziehungsweise Inhaber. Aus diesem Grund will die Kommission die Energieeffizienz-Richtlinie sowie die Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden überarbeiten und den Zugang zu vorhandenen Finanzmitteln erleichtern, um für eine höhere Energieeffizienz des Gebäudebestands zu sorgen.

„Die Erreichung des Ziels von 27 % folgt nicht dem „Business as usual“-Ansatz“, so Miguel Arias Cañete, Kommissar für Klimapolitik und Energie. „Sie erfordert bereits zunehmende Anstrengungen von politischen Entscheidungsträgern sowie den Marktteilnehmern. Zur Erreichung dieses Ziels muss sich die Energieintensität des Wohnungsbereichs beispielsweise zwischen 2020 und 2030 faktisch fünfmal schneller verbessern als zwischen 2000 und 2010.“

Verkehr

Die Kommission wird des Weiteren Instrumente und Maßnahmen untersuchen, um – aufbauend auf bereits erzielten Erfolgen – die Dekarbonisierung des Verkehrssektors zu beschleunigen. Dazu zählen die Förderung der Elektrifizierung und Investitionen in die fortschrittliche Biokraftstoffproduktion sowie die weitere Integration der Energie- und Verkehrssysteme. Der Verkehrssektor ist – nach dem Energiesektor – der Sektor mit den zweithöchsten Treibhausgasemissionen in der EU. Er ist für rund ein Fünftel des gesamten CO₂-Ausstoßes verantwortlich, der Straßenverkehr macht dabei rund 80 % aus.

Die EU hat bereits politische Maßnahmen und Vorschriften zur Verringerung dieser Emissionen und ihrer Auswirkungen auf den Klimawandel eingeführt. Dazu zählen obligatorische CO₂-Grenzwerte für Autos und Lastwagen, eine Strategie zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen von Lastkraftwagen und Bussen sowie Zielvorgaben zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Kraftstoffe im Verkehr. Öffentliche Behörden werden zur Einsparung von Energie und CO₂-Emissionen bei der Fahrzeugbeschaffung angehalten, die Mitgliedstaaten zur Schaffung eines nationalen Politikrahmens für die Marktentwicklung alternativer Kraftstoffe und deren Infrastruktur.

„Packen wir es an“, drängte Kommissar Cañete bei der Vorlage der Vorschläge. „Wir haben die Weichen für einen angeschlossenen, integrierten und sicheren Energiemarkt in Europa gestellt. Nun ist es Zeit, diesen auch zu verwirklichen. Unser Weg zu wirklicher Energiesicherheit und echtem Klimaschutz beginnt vor der eigenen Tür.“

Die Energieunion bietet eine Vision eines integrierten kontinentalen Energiesystems, in dem Energie grenzüberschreitend frei fließen kann. Grundlage dafür sind der Wettbewerb und die bestmögliche Nutzung von Ressourcen und gegebenenfalls wirksame Vorschriften zu Energiemärkten auf EU-Ebene.

Dies stellt einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen und umweltfreundlichen europäischen Wirtschaft dar.

Nähere Informationen

- » http://ec.europa.eu/priorities/energy-union/index_en.htm
- » http://ec.europa.eu/priorities/energy-union/images/infographic_01.png

Auf Ressourceneffizienz achten



Die Kampagne Generation Awake der Europäischen Kommission endete in diesem Jahr nach vier Jahren. Sie hatte die Europäer mit peppigen Botschaften ermutigt, als Verbraucher die Nachhaltigkeit noch stärker

zu berücksichtigen und natürliche Ressourcen zu schützen. Die Kampagne hat eine Auszeichnung der Medienbranche für ihre Website mit einem interaktiven Hausrundgang und die Videos erhalten, welche 10 Millionen Mal angesehen wurden.

Haben auch Sie Impuls Inga, „Shopaholic“, und den Wasserexperten Walter, der bei laufenden Wasserhähnen in Panik gerät, kennengelernt? Millionen von Europäern haben sie in den letzten vier Jahren kennengelernt. Zusammen mit Robbi Routino, Pummel Paule und Richard Ramsch hauchten diese animierten Figuren der Kampagne Generation Awake der Kommission Leben ein, indem sie das Bewusstsein für Ressourceneffizienz zwischen 2011 und Anfang 2015 schärften.

Die Videoclips der Kampagne wurden 10 Millionen Mal angesehen; 140 000 Menschen traten ihrer Gruppe bei Facebook bei, und über 2 000 Medienartikel wurden zur Kampagne veröffentlicht. Sie erhielt auch viele Auszeichnungen von Fachleuten, gewann die Trophäe Goldener Delphin bei den fünften Cannes Corporate Media & TV Awards 2014 und wurde für zwei weitere Auszeichnungen in die engere Wahl gezogen: die European Excellence Awards und die Digital Awards.

Abgesehen davon, dass die Figuren in drei Videoclips vorkamen, traten sie auch auf der Website von Generation Awake in Erscheinung, wo in einem interaktiven Hausrundgang und einem Leitfaden für Verbraucher die Auswirkungen der Alltagsgewohnheiten und Kaufentscheidungen auf die Umwelt dargelegt und Tipps zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen gegeben wurden.

Die Kampagne richtete sich an 25- bis 40-Jährige. Der Schwerpunkt lag auf jungen Erwachsenen in der Stadt, da festgestellt wurde, dass diese Gruppe einer Änderung ihres Umweltverhaltens am offensten gegenübersteht, sowie auf Familien mit kleinen Kindern, welche am meisten konsumieren, aber auch darauf bedacht sind, eine bessere Lebensqualität für ihre Familie zu erreichen.



Ihre Vorbereitung erfolgte parallel zu der Arbeit der Taskforce der Europäischen Kommission zum Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa, der im Dezember 2011 veröffentlicht wurde. Eines der Ziele der Kampagne war, zu zeigen, dass nicht nur Wirtschaft und Industrie für Ressourceneffizienz Verantwortung tragen. Unternehmen müssen Rohstoffe anders sammeln und verarbeiten sowie die Herstellung ihrer Produkte und die Abfallbewirtschaftung ändern. Zugleich können wir jedoch alle über unser Kaufverhalten einen Beitrag leisten.

Die Kampagne zeigte, dass Ressourcen zu schützen nicht unbedingt bedeutet, weniger zu konsumieren, sondern *anders* zu konsumieren, um die negativen Auswirkungen unseres Handelns auf den Planeten zu verringern. Auch als verantwortungsbewusste Verbraucher können wir uns eine gute Lebensqualität erhalten. Diese Lebensqualität ist viel nachhaltiger, wenn jeder von uns die Ressourcen effizienter nutzt.

Erfolgreiche Vorgehensweise

In jeder der drei Phasen galt es, Zielgruppen in vier europäischen Ländern zu erreichen, die im Hinblick auf die geografische Lage und Größe der Mitgliedstaaten eine ausgewogene Auswahl darstellten. Zu der Kampagne gehörten Anzeigen in Print- und Online-Medien, Medienartikel und Pressedossiers, Veranstaltungen, Wettbewerbe und ein Partnernetzwerk zur Unterstützung, welches auf Generation Awake aufmerksam



machen sollte. Die Kommission überprüfte jeden Monat die Fortschritte, verteilte die Mittel um und passte die Tools entsprechend an.

Folglich entwickelte sich die Kampagne Schritt für Schritt weiter. Sie begann 2011 mit dem Schwerpunkt auf der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen mit den Figuren Impuls Inga, Pummel Paule und Robbi Routino. 2012 wurde das Thema Wassereffizienz mit dem Wasserexperten Walter eingeführt, wobei auch der versteckte Wasserverbrauch, etwa die für die Herstellung von Hamburgern und Jeans erforderliche Wassermenge, behandelt wurde. Schließlich kam 2014 der „Müllraum“, in dem uns Richard Ramsch dazu aufrief, unvermeidbaren Abfall als Ressource zu betrachten, die wiederverwertet oder recycelt werden kann.

Zum Abschluss der Kampagne organisierte die Kommission eine Auswertung durch unabhängige Berater, die eine Online-Umfrage durchführten, Zielgruppen befragten, Experten, u. a. Verhaltensforscher, interviewten und eine Online-Prüfung vornahmen.

Dem Bericht zufolge ist es Generation Awake erfolgreich gelungen, das Thema einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Videos wurden sehr gut aufgenommen. Dies gilt auch für den Stil und die Tools auf der Website. „Das visuelle Design der Tools für die Kampagne Generation Awake ist sehr professionell und wird von den Zielgruppen gut aufgenommen, insbesondere in Ost- und Südeuropa. Das Design der Kampagne spricht auch Kinder und Jugendliche an.“

Im Bericht wurde festgestellt, dass die Menschen, die sich mit der Kampagne auseinandergesetzt haben, zu Beginn tendenziell umweltbewusst waren. Dennoch haben sie aufgrund der Kampagne ihr Verhalten geändert: „Positiv gesehen, könnten solche Zielgruppen, wenn sie erreicht werden, motiviert werden, ihre Kenntnisse zu erweitern und weiterzugeben.“



Als Schlussfolgerung war zu lesen, dass Generation Awake das Bewusstsein für Ressourceneffizienz geschärft hat, und zwar in dem Maße, „wie dies von einer Kampagne dieses Umfangs erwartet werden kann“. Die Kampagne erreichte 6% der Bevölkerung in der EU, d. h. etwa 30 Millionen Menschen. Dies ist ein beeindruckender Anteil der potenziellen Zielgruppe.

Von der Ressourceneffizienz bis zur Kreislaufwirtschaft

Aufbauend auf dem Interesse an Ressourceneffizienz in der Wirtschaft und vonseiten einer breiteren Öffentlichkeit plant die Kommission nun eine Initiative, um die Bedingungen für die Entstehung einer Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Indem sie den Wert des Materials und die für die Produkte genutzte Energie länger erhält und den Abfall und die Ressourcennutzung minimiert, fördert eine Kreislaufwirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und trägt zugleich zu einem wirksamen Schutz der Gesundheit der Menschen sowie der Umwelt bei. Sie kann den Verbrauchern auch haltbarere und innovativere Produkte bieten, welche die Lebensqualität steigern und zu Einsparungen führen. Die Initiative wird voraussichtlich gegen Ende des Jahres 2015 umgesetzt.

Nähere Informationen

- » <http://ec.europa.eu/environment/generationawake/>
- » <https://www.youtube.com/watch?v=wLdbQ9zsOJU>



Europa und China: 40 Jahre Zusammenarbeit

Die Europäische Union und China arbeiten seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 40 Jahren zusammen. Im Laufe der Jahrzehnte wurde die Zusammenarbeit — insbesondere auf dem Gebiet des Umweltschutzes — stetig ausgebaut. Dadurch entstand eine stärkere Beziehung zwischen der EU und einem ihrer wichtigsten Handelspartner.

Wie in Europa hat die schnelle wirtschaftliche Entwicklung auch in China neue Herausforderungen im Hinblick auf Umweltverschmutzung und -zerstörung mit sich gebracht. Umweltverschmutzung ist ein nationales Problem, mehr als 400 Städte sind nun von Wassermangel betroffen, durch die Bodenverschmutzung sind riesige Landstriche kontaminiert.

Und diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Bis 2030, so wird erwartet, werden in Chinas Ballungszentren 20% der weltweiten Energie verbraucht. Für 2050 wird prognostiziert, dass seine Wirtschaft um 40% größer sein wird als die der Vereinigten Staaten. In einer Welt der begrenzten Ressourcen ist eine Zusammenarbeit zwischen China und der EU in Umweltfragen wichtiger denn je.

Das Bewusstsein in der Bevölkerung für Probleme wie Luftverschmutzung wächst, und die chinesische Regierung rückt erneut den Umweltschutz und den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft in den Mittelpunkt.

Das Umweltrecht ist eine Facette auf dem Weg zu sauberem, nachhaltigerem Wachstum. Sie ist als Bemühung zu sehen, die Wirtschaft von einer Schwerindustrie mit geringer Wertschöpfung zu einer Hightech-Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung umzustrukturieren. Das Konzept einer „ökologischen Zivilisation“, mit dem Wirtschaftsentwicklung und Naturschutz ins Gleichgewicht gebracht werden, ist in den Grundsätzen der Kommunistischen Partei Chinas festgeschrieben worden.

Erfolgsbilanz

Die EU und China haben am 6. Mai 1975 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Seitdem sind die Beziehungen immer umfangreicher geworden und haben an Intensität gewonnen, insbesondere nach der Unterzeichnung des Abkommens über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit 1985. Heute ist die EU der größte Handelspartner Chinas, und China ist zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt geworden.

Die Zusammenarbeit war auf dem Gebiet des Umweltschutzes besonders wirksam. Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat die Europäische Kommission mehr als 167 Millionen Euro für

Umweltschutzprogramme und -projekte in China zur Verfügung gestellt. Umweltinitiativen machen etwa 20% der von der Europäischen Kommission finanzierten Projekte im Land aus. Der politische Dialog zu Umweltfragen, der durch diese Kooperationsprojekte unterstützt wird, hat zu wichtigen Errungenschaften in verschiedenen Bereichen geführt, vom Schutz der Biodiversität über den Zugang zu Umweltinformationen, den Klimawandel und die Chemikalien bis zur Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten.

Das 30 Millionen Euro schwere, von China und der EU geführte Biodiversitätsprogramm für den Zeitraum von 2006 bis 2011 hat beispielsweise zu Verbesserungen bei der Erhaltung der Biodiversität beigetragen, indem China bei der Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt unterstützt wurde. EU-Experten und -Mittel waren am Entwurf der nationalen Biodiversitätsstrategie Chinas und des Aktionsplans beteiligt. Der Dialog zwischen der EU und China zum Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) dauert an. Durch diesen regelmäßig stattfindenden Dialog hat sich die Kommunikation zu sensiblen Fragen wie dem Handel mit frei lebenden Tieren und Pflanzen verbessert.

Einige der neuesten Umweltgesetze Chinas basieren auf EU-Vorgängergesetzen. Als das chinesische Ministerium für Umweltschutz seine Gesetzgebung zu Chemikalien 2010 überarbeitete, war sie stark von der europäischen REACH-Verordnung beeinflusst, was durch die EU-China-Fazilität zur Unterstützung des politischen Dialogs gefördert wurde. Auch für die chinesischen Rechtsvorschriften für Elektro- und Elektronikaltgeräte „zur Vermeidung von durch Elektro- und Elektronikgeräte verursachten Umweltverschmutzungen“ (China RoHS) aus dem Jahr 2011 diente die EU-Gesetzgebung in diesem Bereich als Modell. Angesichts der Menge der in China gefertigten Elektro- und Elektronikgeräte bedeutet dies eine enorme Stärkung des Umweltschutzes, der Verbraucher und der Arbeiter.

Grüne Projekte gleichberechtigter Partner

Es wird vorausgesagt, dass China in den folgenden zehn bis 15 Jahren zur größten Wirtschaftsmacht der Welt avanciert und ein wichtiger Partner bei der Förderung einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung und der Lösung weltweiter Umweltfragen sein wird. China setzt, wie die EU, auf eine ressourceneffizientere, grünere Zukunft. Beide Partner sind wichtige Akteure im Hinblick auf die für Nachhaltigkeit notwendigen technischen Innovationen.



Ein Dialog zur Umweltpolitik findet seit 2005 auf Ministerebene statt. Das fünfte Treffen zwischen dem ehemaligen EU-Kommissar für Umwelt, Janez Potočnik, und Chinas Umweltminister, Zhou Shengxian, im Jahr 2013 führte zu einem Abkommen, die bilaterale Zusammenarbeit zu stärken.

Unterstützt mit Mitteln in Höhe von 15 Millionen Euro bis 2016 fördert das EU-China-Programm für verantwortungsvolle Umweltpolitik die Beteiligung der Öffentlichkeit, den Zugang zu Umweltinformationen sowie das Verantwortungsgefühl der Unternehmen, und es fördert zugleich den Austausch bezüglich der Entwicklung der Umweltpolitik. Insbesondere hat die Generaldirektion Umwelt 2009 mit der chinesischen staatlichen Forstverwaltung einen bilateralen Koordinationsmechanismus im Forstsektor zu den Bereichen Forstrecht, Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung eingerichtet, mit dem Ziel, den illegalen Holzeinschlag und den damit verbundenen Handel einzudämmen.

Zwischen 2006 und 2012 förderte das von der Kommission geleitete Bewirtschaftungsprogramm für Flusseinzugsgebiete EU-China den Informationsaustausch und neue Ansätze der Bewirtschaftung in den Einzugsgebieten des Jangtsekiang und des Gelben Flusses. Ab dem Jahr 2012 wurden im Rahmen der

Wasserplattform China-Europa, einer flexiblen politischen Partnerschaft zwischen China, einigen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, Reformen im Wassersektor und eine integrierte Wasserbewirtschaftung angestoßen. Einige Bereiche der EU-Wassergesetzgebung, insbesondere einige wichtige EU-Wasserrichtlinien, haben Chinas neueste Verordnungen zum Wasserrecht beeinflusst.

Auch wenn es in den vergangenen 40 Jahren schon viele Erfolge gab, so wird die Partnerschaft zwischen China und Europa in Zukunft noch wichtiger werden. Beide Seiten arbeiten engagiert zusammen, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen, ihre Wirtschaft grüner zu gestalten, die Umwelt zu schützen und ihren Bürgern eine bessere Lebensqualität zu bieten.

Weitere Informationen

- » http://ec.europa.eu/environment/international_issues/relations_china_en.htm
- » <http://english.mep.gov.cn/>
- » http://www.eeas.europa.eu/delegations/china/eu_china/environment/index_en.htm

Wiederherstellung der Oberen Drau

LIFE-Projekte unterstützten die Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschafts-, Hochwasserschutz- und Naturschutzbehörden in den Bemühungen zur Wiederherstellung der Oberen Drau in Österreich.

Die Obere Drau, ein Fluss in Kärnten (Österreich) mit einst natürlichem Wasserlauf, wurde über die Jahre erheblich verändert – das Flussbett wurde kanalisiert, Windungen begradigt, Seitenarme vom Hauptstrom getrennt, Dämme und Turbinen gebaut und extreme Landwirtschaft an den Flusssufern betrieben. Ein LIFE-Projekt zur Flussrenaturierung führte jedoch zu erheblichen Verbesserungen im Erhaltungszustand der Uferbiotope und der Artenvielfalt, die in der Oberen Drau zu finden sind. Damit konnte gleichzeitig auch das flusseigene Ökosystem gestärkt sowie der Wasserrückhalt und eine verbesserte Flussverbindung erzielt werden, um eine „blaue und grüne“ Infrastruktur zu schaffen.

Nach einem schweren Hochwasser und gefallen Grundwasserspiegeln entschieden sich die österreichischen Behörden in den 1990er-Jahren für einen neuen Ansatz. Sie versuchten, einen naturnahen Zustand des Flusses wiederherzustellen, indem Themen wie die überlebenden Grauerlen- und Eschenwälder entlang des Flusssufers und der geringe Bestand von Fischarten gemäß der Liste aus Anhang II der Habitatrichtlinie Donaulachs (*Hucho hucho*) und Dohlenkrebs (*Austropotamobius pallipes*) behandelt wurden.

Eine weiterführende Renaturierung der Drau – in Partnerschaft mit Fluss- und Hochwasserschutzbehörden – wird auch weiterhin unter dem LIFE-Programm fortgesetzt. Das Projekt Obere Drau II lief von 2006 bis 2011 und folgte einem früheren Projekt, das 2003 endete. In Koordination mit der für Flüsse verantwortlichen Abteilung der Landesregierung von Kärnten behandelte das Projekt Maßnahmen zur Verbreiterung des Flusses und dem Abbau hydraulischer Strukturen und Deiche, um eine natürliche Erosion zu ermöglichen. Dabei konnten auch Flussauen angelegt und wiederhergestellt werden.

Zu den wichtigsten Erfolgen gehörte eine Verdoppelung der Größe des vorhandenen Natura-2000-Standorts um mehr als 1 000 Hektar – sowie eine gesteigerte öffentliche Akzeptanz des Standortes. Harte Uferwälle wurden durch Kiesbänke ersetzt, ein Damm zur Sedimentbefestigung wurde wiederhergestellt, und der Fluss konnte verbreitert und mit seinen Seitenarmen, Altwassern und stehenden Gewässern verbunden werden.



Rund 42 Hektar zusätzlicher alpiner Gewässerlebensräume wurden geschaffen, einschließlich dynamischer Kiesbänke, sowie Tamarisken- (*Myricaria germanica*) und Weidenanpflanzungen für bessere Laichgründe für Amphibien und Fische. Ein weiteres Ergebnis war ein größerer Lebensraum für 140 Vogelarten, insbesondere als Zwischenstation für Zugvögel, aufgrund von 20 neu angelegten Tümpeln, um Biotop für Amphibien zu verbinden, kleine Fischarten zu beheimaten und dem Weißstorch (*Ciconia ciconia*) eine Nahrungsquelle zu bieten. Der Fischotter (*Lutra lutra*) hat sich erneut in der Region niedergelassen, und das Projekt sorgt auch für neue Grillplätze, Wander- und Radfahrwege, Kanustrecken und Anglerbereiche entlang des Flusses.

Weitere Informationen

- » http://ec.europa.eu/environment/news/efe/articles/2015/02/article_20150213_01_de.htm

Publikationen

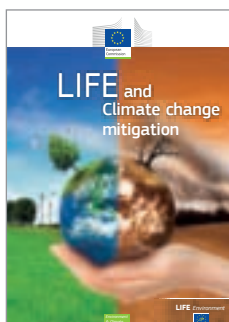


Wird Ihre Stadt Umwelthauptstadt Europas 2018?

Der Wettbewerb um den Titel „Umwelthauptstadt Europas 2018“ ist eröffnet! Saubere Luft, eine funktionierende Abfallbewirtschaftung, hohe Recyclingquoten, Maßnahmen zum Gewässerschutz, Parkanlagen, eine schadstofffreie Umwelt, Wohnen in einer Stadt mit hoher Lebensqualität und nachhaltige Ideen sind Aspekte all dessen, was eine Umwelthauptstadt Europas „lebenswert“ macht. Jedes Jahr wird eine andere Stadt von Umweltpartnern und einer Jury zur „Umwelthauptstadt Europas“ ernannt. Der Gewinner der Auszeichnung muss einen Nachweis über die Erreichung hoher Umweltstandards liefern und sich für die Zukunft ehrgeizigen Zielen verschreiben. Die Broschüre (erhältlich als PDF oder Printversion) liefert alle notwendigen Informationen.

Verfügbar auf Deutsch

- » <http://bookshop.europa.eu/de/will-your-city-be-the-european-green-capital-in-2018--pbKH0115109/?CatalogCategoryID=r1sKABstjgMAAAEjvIYY4e5K>



LIFE und Bekämpfung des Klimawandels

Seit 1992 wurden im Rahmen des LIFE-Programms Finanzmittel in Höhe von mehr als 600 Mio. EUR für die Bekämpfung des Klimawandels aufgebracht. Diese Publikation zeigt auf, welchen Beitrag LIFE durch die Demonstration kostengünstiger und integrativer Wege zur Abschwächung der Auswirkungen des Klimawandels in verschiedenen Schlüsselbereichen wie Energie, Landwirtschaft, Verkehr und Wirtschaft bereits zum Aufbau einer ressourceneffizienten, emissionsarmen und klimaresistenten Wirtschaft geleistet hat.

Verfügbar auf Englisch

- » <http://bookshop.europa.eu/de/life-and-climate-change-mitigation-pbKHAJ14003/?CatalogCategoryID=r1sKABstjgMAAAEjvIYY4e5K>



Bericht über die Lage der Umwelt 2015

Der Synthesebericht der Europäischen Umweltagentur informiert über die Umweltpolitik der Union im Allgemeinen sowie deren Umsetzung, insbesondere für den Zeitraum 2015-2020. Der Bericht enthält eine umfassende Bewertung der Umwelt in Europa im globalen Zusammenhang, wobei eine Zusammenfassung des Zustands, der Entwicklungen sowie des entsprechenden Ausblicks auf diesem Gebiet erfolgt.

- » <http://www.eea.europa.eu/soer>

Synthesebericht erhältlich in 27 Sprachen

- » <http://www.eea.europa.eu/soer-2015/synthesis/all-translations>

Wenn nicht anders angegeben, sind die Publikationen kostenlos erhältlich beim EU-Bookshop unter <http://bookshop.europa.eu>

Agenda

Europäische Photovoltaik-Solarenergie-Konferenz (EU PVSEC) 2015

14. bis 18. September 2015, CCH Congress Center Hamburg, Deutschland

Die EU PVSEC ist eine der wichtigsten internationalen Konferenzen im Bereich der Forschung, Technologie und Anwendung von Photovoltaik und gleichzeitig eine bedeutende internationale Industrieausstellung zu diesem Thema. Die Europäische Kommission hat 1981 die erste dieser Konferenzen abgehalten, bei der mittlerweile jedes Jahr rund 3 000 Teilnehmer mitmachen und über 1 000 Artikel eingereicht werden. Vertreter der globalen Photovoltaik-Gemeinschaft erhalten die einzigartige Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und neue Geschäfte abzuschließen.

» <http://www.photovoltaiic-conference.com/>

International Dunes and Estuaries Conference

16. bis 18. September 2015, Crowne Plaza Hotel, Brügge, Belgien

Diese Veranstaltung für Interessengruppen stellt die gewonnenen Erkenntnisse aus dem Projekt LIFE ZTAR (Zwin Tidal Area Restoration) in den Mittelpunkt, das die Küstenregionen in Belgien und den Niederlanden umfasst. Sowohl Avifauna als auch Flora der Nordseeküste haben bereits erheblich von diesem Projekt profitiert. Es werden Besichtigungen vor Ort organisiert, um die praktische Arbeit im Rahmen dieses Projekts vorzustellen.

» http://ec.europa.eu/environment/life/news/events/events2015/september.htm#dunes_estuaries

International Conference on Landfill Mining

24. und 25. September 2015, Divani Palace Acropolis Hotel, Athen, Griechenland

Stillgelegte Deponien und Altablagerungen werden heute als Bedrohung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt angesehen. Diese vom LIFE Reclaim Projekt organisierte Konferenz zeigt Methoden zur Rückgewinnung nützlicher Materialien sowie von Land und Energie aus Abfalldeponien sowie aktuelle Spitzentechnologien auf dem Gebiet des Landfill Mining auf.

» <http://www.erasmus.gr/microsites/1050>

LIFE auf der Sardinia 2015 – 15th International Waste Management and Landfill Symposium

5. bis 9. Oktober 2015, Forte Village, Santa Margherita di Pula, Sardinien, Italien

Vertreter des LIFE-Programms halten im Rahmen des Symposiums einen Workshop ab und erläutern am LIFE-Stand, wie das Programm zur Erreichung einer echten europäischen Kreislaufwirtschaft beiträgt. Das Symposium wird von der International Waste Working Group organisiert und richtet sich an alle in diesem Bereich tätigen Interessengruppen.

» <http://www.sardiniasymposium.it/programme.aspx>

In Kürze



Vier Städte in der engeren Auswahl als „Grüne Hauptstadt Europas“

Ljubljana — Grüne Hauptstadt Europas 2016

Die Europäische Kommission hat die Namen der vier Städte bekannt gegeben, die als „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ in die engere Auswahl genommen werden: Essen (Deutschland), 's-Hertogenbosch (Niederlande), Nijmegen (Niederlande) und Umeå (Schweden).

Die Auszeichnung als Grüne Hauptstadt Europas wurde 2010 eingeführt, um herausragende Beispiele für eine grüne Städteplanung anzuerkennen und Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, die eine Pionierleistung erbringen, zu motivieren, ihre bewährten Verfahren mit anderen zu teilen. „Es ist ermutigend zu sehen, welche Qualität diese Bewerbungen haben“, sagte der EU-Kommissar für Umwelt, Karmenu Vella. „Die Auszeichnung ist ein Beleg für die lokalen Bemühungen, den Umweltschutz in der Stadt zu verbessern und ein nachhaltiges Wachstum zu fördern.“

Der Gewinner wird am 18. Juni 2015 auf einer Preisverleihung im englischen Bristol, Grüne Hauptstadt Europas 2015, bekannt gegeben.

» <http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/applying-for-the-award/2017-egca-applicant-cities/index.html>



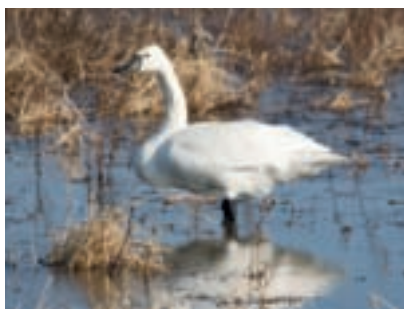
Das zarte Pflänzchen des grünen Wachstums gießen

Erstmals konnten sich 2015 auch kleinere Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern um die europäische Auszeichnung für herausragende Leistungen im Umweltbereich bewerben.

Acht Städte in sieben Mitgliedstaaten — von Finnland bis Zypern — haben sich am ersten Wettbewerb „European Green Leaf“ (Grünes Blatt Europas) beteiligt. Vier Städte sind in die engere Wahl gekommen: Ludwigsburg (Deutschland), Mikkeli (Finnland), Mollet del Vallès (Spanien) und Torres Vedras (Portugal). Der Gewinner wird im Juni bekannt gegeben. „Wir verfügen jetzt über einen sehr gesunden ‚Baum‘, um eine gesunde Umwelt zu fördern“, bemerkte EU-Umweltkommissar Karmenu Vella, „die kleineren Städte als grüne Blätter, die Hauptstädte als Äste und die Kommission als Stamm.“

Jedes Jahr gewinnen maximal drei Städte ein „Green Leaf“ für ihre Verdienste im Bereich des Umweltschutzes und ihr Engagement für grünes Wachstum und Arbeitsplätze. Die Europäische Kommission fordert nun zur Einreichung von Bewerbungen für 2016 auf. Der Kreis der Bewerberstädte wird um Städte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern erweitert. Schätzungsweise 1 000 Städte in Europa sind teilnahmeberechtigt.

» <http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/europeangreenleaf/2015-european-green-leaf-applicant-cities/index.html>



Kommission wendet sich zum Thema Naturschutzrichtlinien an die Öffentlichkeit

Die Überprüfung der Tauglichkeit der Vogelschutz- und der Habitat-Richtlinie durch die Europäische Kommission geht mit der Veröffentlichung eines Online-Fragebogens für die Öffentlichkeit in eine neue wichtige Phase.

Mit der Überprüfung der Tauglichkeit sollen Belege gesammelt werden, wie geeignet die beiden Naturschutzrichtlinien sind. Es gilt zu bewerten, ob mit ihnen die Ziele effizient erreicht werden können. Der Fragebogen steht in allen EU-Sprachen zwölf Wochen lang zur Verfügung. Die Ergebnisse werden im Herbst veröffentlicht. Erste Ergebnisse der Auswertung werden auf einer Konferenz in Brüssel am 23. Oktober vorgestellt. Teilen Sie uns Ihre Meinung mit:

» http://ec.europa.eu/environment/consultations/nature_fitness_check_en.htm

